

Pressemitteilung

# 15. März – Internationaler Tag zur Bekämpfung von Islamfeindlichkeit: Gedenktag in Berlin muss zu konkretem Handeln führen

**Berlin, 12. März 2026 – Am 15. März wird weltweit der Internationale Tag zur Bekämpfung von Islamfeindlichkeit begangen. Der Gedenktag wurde 2022 von der UN-Generalversammlung als Reaktion auf den rechtsterroristischen Anschlag von Christchurch 2019 ausgerufen, bei dem 51 Menschen in zwei Moscheen ermordet wurden. In Berlin wurde der 15. März in diesem Jahr erstmals als offizieller Gedenk- und Aktionstag eingeführt. CLAIM begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich, betont jedoch: Ein Gedenktag darf nicht symbolisch bleiben. Er muss Anlass für konkrete Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus sein.**

Die Zahlen der Jahresbilanz 2024 von CLAIM zeigen deutlich, dass antimuslimischer Rassismus auch in Berlin Alltag ist. Für das Jahr 2024 wurden in Berlin 644 antimuslimische Übergriffe und Diskriminierungen dokumentiert – ein Anstieg von mehr als 68 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2023: 382). Statistisch bedeutet das: fast zwei antimuslimische Vorfälle pro Tag in der Hauptstadt.

Die aktuellen Zahlen der Politisch Motivierten Kriminalität für das Jahr 2025 geben keinen Anlass zur Entwarnung. Bis zum 31. Dezember 2025 wurden in Berlin 172 islamfeindliche Straftaten registriert – noch ohne Nachmeldungen (2024 mit Nachmeldungen: 166). Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen, da viele Vorfälle nicht gemeldet oder gar nicht als solche erkannt werden.

*„Wir sprechen nicht über Einzelfälle, sondern über eine strukturelle Realität – und über den Alltag vieler Menschen in dieser Stadt“, sagt Rima Hanano von CLAIM. „Der neue Gedenktag in Berlin kann ein wichtiges Signal sein – wenn er mit konkreten politischen Maßnahmen verbunden wird: mehr Schutz für Betroffene, stärkere Beschwerde- und Antidiskriminierungsstrukturen in Behörden und Bildungseinrichtungen, niedrigschwellige Beratungs- und Meldestellen und eine konsequente Erfassung und Verfolgung von Hasskriminalität.“*

Auch weitere Studien unterstreichen das Ausmaß des antimuslimischen Rassismus. Laut Berlin Monitor stimmt mehr als die Hälfte der Berliner\*innen antimuslimischen Aussagen zu. Befunde der EU-Agentur für Grundrechte (FRA) zeigen zudem, dass 68 Prozent der Muslim\*innen in Deutschland bereits rassistische Diskriminierung erlebt haben – einer der höchsten Werte in Europa.

Gerade auch mit Blick auf die anstehenden Wahlen in Berlin im September betont CLAIM zudem die gesellschaftspolitische Bedeutung des Themas. *„Wer Berlin als offene und vielfältige Metropole stärken will, muss antimuslimischen Rassismus ernst nehmen“,* so Hanano. *„Engagement gegen Rassismus ist nicht nur eine menschenrechtliche Verpflichtung, sondern auch Standortpolitik – gerade in Zeiten von*



*Fachkräftemangel. Eine Stadt, in der Menschen sich nicht sicher fühlen, verliert an Zukunftsfähigkeit.“*  
Neben dem zivilgesellschaftlich entstandenen 1. Juli – dem Tag gegen antimuslimischen Rassismus – könne auch der 15. März dazu beitragen, Aufmerksamkeit zu schaffen und Betroffene sichtbar zu machen.

Die Folgen von antimuslimischem Rassismus sind für Betroffene konkret und oft gewaltvoll: Im Februar 2025 wurden zwei Mädchen (14 und 16 Jahre) am S-Bahnhof Berlin-Grünau am Kopftuch gezerrt, geschlagen und mit einem Messer verletzt. Im März 2025 erhielt eine Moschee in Neukölln ein Drohschreiben mit Gewaltaufrufen gegen Muslime. Im Dezember 2025 wurde eine 65-jährige Frau mit Kopftuch am U-Bahnhof Gesundbrunnen rassistisch beschimpft, bespuckt und zu Boden gestoßen.

*„Was wäre Berlin ohne muslimische Menschen, Menschen mit Einwanderungsgeschichte und alle anderen Personengruppen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind? Gehören nicht all diese Menschen auch selbstverständlich zu dieser Stadt? Sollte es dann nicht vielleicht in aller Interesse sein, antimuslimischen Rassismus zu bekämpfen? Dafür kann der 15. März Impulse geben. Es muss sich viel tun, damit Rassismus jeglicher Art nicht immer weiter zunimmt“,* sagt Hanano.

**Für Presseanfragen wenden Sie sich gerne an:**

CLAIM gGmbH  
Lea Gautsch | Kommunikation  
presse@claim-allianz.de  
Friedrichstraße 206 | D- 10969 Berlin  
M +49 (0) 171 212 68 46

**Über CLAIM:** CLAIM setzt sich bundesweit gegen antimuslimischen Rassismus sowie gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit ein. Wir sensibilisieren, vernetzen und unterstützen bundesweit Zivilgesellschaft und Verwaltung und dokumentieren bundesweit Vorfälle von Islam- und Muslimfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus. Wir verstehen unsere Arbeit als fachlichen Beitrag zu Stabilität, gesellschaftlichem Zusammenhalt und demokratischer Resilienz. Weitere Informationen unter: [www.claim-allianz.de](http://www.claim-allianz.de).